

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7,-, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatlich 8.25 Mk., vierteljährlich 24.75 Mk., einzeln Zustellungsgebühr. Belegungen werden von allen Reichspoststellen angenommen. Im amtlichen Zeitungsgeschäft unter Beleg-Zeitung eingetragen. Für anverlangte eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe, Beleg-Zeitung gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

# Land-Zeitung

Sünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Sonntag und Montag 2 mal, Sonntag und Montag 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Draubaustr. 17, Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 234.

Halle, Montag, den 23. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

## Die Abtragung der Ultimatumschuld.

Von Dr. Fagmick, M. d. R.

Die erste Milliarde, die wir auf Grund des Ultimatum schulden, wird rechtzeitig bezahlt. Das dazu nötige Gold, die Devisen und die Scheckanweisungen mit den geforderten Inbalken sind vorhanden. Die zweite Zahlung soll und wird am 15. November 1921 erfolgen. Sie ist zur Deckung der 26 v. H. des Wertes unserer Ausfuhr bestimmt. Der nächstfolgende Zahlungstermin ist der 15. Januar 1922, an welchem ein Viertel der Jahressumme von 2 Milliarden Goldmark erledigt sein muß. All diese Verpflichtungen hoffen wir pünktlich erfüllen zu können und ebenso sind wir redlich bestrebt, die weiteren Vierteljahresleistungen zu vollbringen.

Überdies wird es ungeheurer Eingriffe in das Einkommen und Vermögen der Einzelnen und in den Besitz von Reich und Staat bedürfen, um den Fehlbetrag zu befriedigen. Die uns auferlegte Mindestsumme beträgt 3 1/2 Milliarden Goldmark, wovon 2 Milliarden arden fest und der Rest veränderlich ist. Veränderlich je nach dem Steigen oder Sinken unserer Ausfuhr. Für 1921 dürfte die deutsche Ausfuhr etwa 5 Milliarden Goldmark betragen. Nach dem letzten Monatsausweis, den das Reichsamt für Statistik leider erst sehr spät bekannt gibt, belief sich der Wert der Ausfuhr im Oktober 1920 auf 6,4 Milliarden Papiermark. Ob wir auf die Dauer mit einer Erhöhung der Ausfuhrwerte rechnen können, gilt als zweifelhaft. Manche Wirtschaftler sind der Meinung, daß sich der frühere Stand der deutschen Volkswirtschaft überhaupt nicht wieder herstellen lasse, weil der Anteil der andern Staaten, insbesondere Amerikas, an dem gesamten Außenhandel inzwischen immer größer geworden sei und weil der Preisfall in der eigenen Lande erzeugten Rohstoffe nur noch etwa 30 Prozent betrage. Inwieweit diese Rechnung richtig ist, kann nur der Erfolg lehren. Würde unsere Ausfuhr einmal wieder, wie 1913, den Betrag von 10 Milliarden Goldmark erreichen, so stellt sich die Ausfuhrfrage auf 2,6 Milliarden (26 v. H. von 10 Milliarden) und unsere Gesamtleistung an den Zins auf 4,6 Milliarden Goldmark. Schon der gegenwärtige Betrag von 3,25 Milliarden bedeutet bei unserer Papierwährung rund 50 Milliarden Mark. Die gesamten Einnahmen sind im Reichsstat für 1921 auf 47 Milliarden geschätzt. Wir müßten diese Einnahme also ungefähr verdoppeln, wenn wir die Franzosen an dem von ihnen lebensschafflich gewünschten Umlauf in das Ruhrgebiet verhindern wollen.

Wie ist die Verdoppelung möglich? Teilweise durch Erhöhung bestehender und Einführung neuer Steuern, teilweise durch Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft, teilweise durch die Notenpresse. Leider wirken diese drei Momente nicht neben einander, sondern vielfach gegeneinander. Erhöhung der Steuerlast bedeutet Ermäßigung des Betriebskapitals und damit der Betriebsintensität. Vermehrung der Papierflut führt zum Sinken des Geldwertes, also zu Preissteigerungen, welche sich zuletzt in einer Erhöhung der Produktionskosten umhelfen.

An neuen Steuern käme in erster Linie eine Grundsteuer in Frage. Sie würde sich ebenso auf den fähigsten, wie auf den länderlichen Grundbesitz und hier wiederum auf die landwirtschaftlich, wie die industriell benutzten Bodenflächen, also auch auf Bergwerke, erstrecken. Auszunehmen wäre davon nur der Kleinbesitz, insbesondere der Siedlungsboden, während der größere und größte Besitz wohl recht scharf herangezogen werden müßte. Bei der Wertsteigerung, die der Grund und Boden in den letzten Jahren erfahren hat, läßt sich der Betrag dieser Steuer auf einige Milliarden schätzen. Möglicherweise kommt nicht nur eine Besteuerung, sondern auch eine Verpfändung von Grundbesitz in Frage, namentlich soweit es sich um staatlichen Grundbesitz handelt.

Im Stadium der Erwägung befindet sich noch die Art, wie die Industrie herangezogen werden soll. Gedacht wird an Steuergemeinschaften, zu denen die gleichartigen Betriebe vereinigt werden sollen. Dieser Gedanke ist aber leichter gesagt als ausgeführt. Nach welchem Maßstabe wäre die Leistung umzulagen? Nach dem Wert der von jeder Gruppe hergestellten Warenmenge? Dieser Wert läßt sich nur schwer bestimmen und schwankt von einem Tag zum andern. Nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter? Auch das wäre eine rohe Bemessungsgrundlage, denn Lohn und Leistung sind verschieden. Angefaßt solcher Schwierigkeiten ist man auf den andern Weg verfallen, auf die Besteuerung der Erzeugnisse oder auf die Besteuerung der Reinerträge. Die Betriebe könnten gezwungen werden, einen bestimmten Prozentsatz des von ihnen erzielten, aus den Büchern nachzuweisenden Preises an das Reich abzuführen. Diese Regelung setzt allerdings eine lästige und kostspielige Steuerkontrolle voraus. Auf die Erfassung der Reinerträge weisen insbesondere die Sozialdemokraten hin und empfehlen eine steigende Beteiligung des Reiches an Dividenden, die 5 Prozent übersteigen.

Zu eines dieser Entwürfe die Erwägungen auch führen werden, eines ist dabei sicher, wir erleben eine ungeim-

liche Preissteigerung. Industrielle, Landwirte, Hausbesitzer, sie alle wägen die Lasten auf den Verbraucher ab. Der Lebensunterhalt wird weiterhin verteuert, damit bezieht der Prozeß der Rückwärtigkeit. Lohn- und Gehaltsbewegung brechen aus, und man wird noch zufriedener sein müssen, wenn sie nicht zu inneren Anrufen führen. Die Dinge verschlimmern sich in dem Maße, wie sich infolge der vermehrten Inanspruchnahme der Notenpresse die Tendenz zur Geldentwertung auswirkt.

Des weitern kommen indirekte Steuern in Betracht. Das Ausland weist mit steigendem Nachdruck auf die Ausgaben hin, welche das deutsche Volk für entbehrliche, nicht unbedingt zur Lebensnotwendigkeit gehörige Gegenstände macht, und sieht hier noch reiche unausgeschöpfte Steuerquellen. In der Tat läßt sich der Luxus noch weit schärfer treffen, als es jetzt unmittelbar aber durch die Umlagsteuer mittelbar geschieht. Nur begrenzte man den Begriff des Luxus richtig und dehne ihn nicht auf Dinge aus, die das Volk haben muß, wenn es die Freude am Gelingen nicht verlieren soll. Im Höchstfalle werden es jedenfalls nur etliche Milliarden sein, die man auf indirektem Wege noch heraushehlen könnte. Der größte Teil der Ultimatumschuld bleibt auch dann noch ungedeckt.

Die Ergiebigkeit unserer volkswirtschaftlichen Arbeit ließe sich durch technische und organisatorische Einrichtungen steigern. Die technische Vervollkommnung der Betriebe hat nie geruht und wird jetzt erst recht ins Auge gefaßt werden müssen, sowohl nach der massenhaften, wie nach der persönlichen Seite. In letzterer Hinsicht findet die Taylorisierung immer größere Beachtung. In organisatorischer Richtung sind ebenfalls bereits erfolgreiche Schritte unternommen worden. Man faßt Betriebe zusammen und erspart Kosten. Man beschränkt die Auswahl und gewöhnt das Publikum daran, möglichst gleichartige Erzeugnisse zu verwenden. Die heute von niemanden zu beantwortende Frage bleibt nur immer, ob der Produktionsersatz so weit gehoben werden kann, daß sich damit die an der gesamten Schuld fehlenden Milliarden lassen lassen.

Man sage nicht, daß dies alles die Folge unserer Zustimmung zum Ultimatum sei. Sätzen wir nicht zugestimmt, so wäre der Druck nicht kleiner, sondern vermutlich noch größer geworden. Die Feinde hätten selbst bestimmt, was und wie wir zahlen sollten. Sie hätten, gestützt auf den Vertrag von Versailles den Vergleich mit dem meist belasteten Auslandsstaat gezogen und danach die Aufgabe bemessen. Auch sonst hat sich das Ja bisher bewährt. Wir besitzen noch das Ruhrgebiet und wir dürfen hoffen, daß uns das ober-schlesische Industriegebiet im wesentlichen erhalten bleibt. Lord George ist in einen scharfen Gegensatz zu Briand geraten, und die Entente hat einen starken Stoß erhalten. Auch sind die Auseinandersetzungen zwischen den ehemals befreundeten Staaten allerdings nicht abgeschlossen. Lord George würde sich aber um jeden moralischen Kredit gebracht haben, wenn er den von ihm oft wiederholt einggenommenen Standpunkt des fair play unter dem Druck Frankreichs aufgeben wollte.

## Die Ausführung des Ultimatum.

Mit dem 22. Mai lief die zweite Frist ab, die der deutschen Regierung von der Interalliierten Militärkontrollkommission zur Erfüllung des Ultimatum gestellt worden war. Danach ist im Voraus jede Beförderung von Waffen und anderem Heeresgerät ohne Genehmigung der Kommission verboten sein. Die zu diesem Zweck gegebenen Befehle sollen auch auf das Material Anwendung finden, das sich aus irgendeinem Grunde im Besitz der Reichstreuhandgesellschaft befindet. Das Reichswehrministerium hat einen diesen Forderungen entsprechenden Befehl am 19. Mai erlassen. Die Ausführungsanweisungen an die Reichstreuhandgesellschaft sind vom Reichsfinanzministerium am 21. Mai getroffen worden. Beide Anordnungen sind am 21. Mai zur Kenntnis der Kontrollkommission gebracht worden.

## Die Entwaffnungsnote des Generals Noller

ist ein deutlicher Beweis dafür, daß dieser französische General von einem höhergestellten Mitarbeiter gegen die deutsche Politik erfüllt ist. Ganz unnötig sind die Forderungen zu den vom Reichstage bereits verabschiedeten Wehrgele. Die Forderung, daß die Zahl der Offiziere höchstens 4000 betragen darf, ist um 10 überflüssiger, als diese Zahl bereits im Wehrgele festgelegt ist. Ueberflüssig ist auch die Forderung, wonach jährlich nur 5 Prozent der Wehrmännchenangehörigen entlassen werden dürfen, denn das Wehrgele bestimmt, daß entsprechend der Zahl der Entlassenen jährlich auch bis zu 5 Prozent Neueinstellungen erfolgen können. Ferner wird in der Entwaffnungsnote verlangt, daß nur solche Beamtenkategorien in der Zivilverwaltung des Heeres bleiben, die dieser 1913 angehört haben, und zwar in Höhe von einem Zehntel des damaligen Bestandes. Obwohl der Friedensvertrag keine Einschränkung von Fahrern vorsieht, müssen Kompanien, die mit Fahrern ausgestattet sind, ihre Fahrer abgeben. Die erneut betonte Stärke der Zentralverwaltungen ist bereits seit April erreicht. Der Forderung, keine Hissgeschützen (z. B. Schuler, Schneider, Scholler, Hölzer usw.) in den Etat einzustellen, ist gleichfalls im April entsprochen worden. Die Note spricht ein Verbot der

„Probenaufstellung“ in der Reichswehr aus. Eine solche findet nicht statt und es ist nicht erforderlich, wie die internationale Leberwurstkommission zu diesem Mißverständnis kommen konnte. Die Forderungen auf Ablieferung des überschüssigen Materials, die von einer ungeheuren wirtschaftlichen Tragweite sind, da namentlich vorhandene Reservebestände vernichtet werden müssen, werden bestirmt, daß unser Hausatletet erheblich gesteigert wird. Für die Herstellung aller Art von Heeresmaterial wird Deutschland nur eine Fabrik zugelassen. Bei inneren Anrufen kann damit für jedwede Materialfabrikation leicht eine gänzliche Stilllegung eintreten.

## Die ober-schlesische Frage.

Infolge der Zerstörungen der Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen durch die Injuranten ist die Nachrichtenübermittlung aus den größeren Industriezentren des Zentralreviers, soweit sie noch nicht von den Aufständern besetzt sind, unmöglich gemacht worden.

Am Sonnabend gelang es dem deutschen Plebiszit-Kommissar, Dr. Urbanek, Doppel zu erreichen; der deutsche Plebiszit-Kommissar erstattete der Interalliierten Kommission einen eingehenden Bericht, der den ungeheuren Ernst der Lage wiederpiegelt.

Die belagerten Städte sind aufs schlimmste bedroht. Es befindet sich, daß der Stadt Katowitz seit dem 20. Mai, abends 9 Uhr, durch die polnischen Aufständigen die Versorgung mit Wasser und Licht unmöglich gemacht worden ist. Nach den eingelaufenen Berichten über den Vorstoß der Polen in Katowitz ist ein Angriffseifer festgestellt worden, daß der größte Teil der Angreifer über die polnische Grenze gekommen ist. Die deutschen Verteidiger mußten vorerst zurückweichen, es gelang aber später, den Ort von den polnischen Eindringlingen wieder zu säubern, die wieder über die Grenze zurückwichen. Die polnischen Militärpostierungen an der Grenze haben die Angreifer ungehindert durchgelassen und haben ebenso auch die Zurückweichenden an der Ueberbreitung der Grenze nicht gehindert. Die auf ober-schlesischem Boden festgenommenen Injuranten haben übereinstimmend ausgelegt, daß sie im Lager Krotoschin bei Polen zur Teilnahme am ober-schlesischen Aufstand ausgebildet worden seien. Die Ausbildung sei von einem französischen Major geleitet worden.

Nach erfolglosen Vorstößen der Injuranten in der Gegend von Krotoschin wurden diese bezungen, mehrere von ihnen bisher gefest gehaltenen Orte zu räumen. Die Aufständigen müßten einige Geschütze, mehrere Maschinengewehre und andere Waffen zurücklassen.

Auch im Laufe des Sonntag war es unmöglich, mit den bedrohten Städten des ober-schlesischen Industriezentrums irgendwelche Verbindung zu erhalten, da noch vor alle Drahtleitungen gestört sind. Aus den Kreisen Kreuzburg und Krosenbergr wird übereinstimmend von starken Truppenansammlungen jenseits der Grenze berichtet. Polnische Verärterungen haben bereits die Grenze überschritten. Auch Waffennachschüsse sind erfolgt. Im Zusammenhang damit ist es zu schweren Kämpfen in der Gegend von Krosenbergr gekommen. Nach den bisherigen Meldungen müßten die Aufständischen nördlich Krosenbergr, Krotoschin, Krosenbergr und Gosen räumen. Doch liegen über den endgültigen Ausgang dieser am weitesten schwebenden Zusammenstöße absehliche Meldungen noch nicht vor. Bei Gogolin im Kreise Groß-Strehly blieb ein Angriff der Injuranten erfolglos. In der Nähe von Gogolin wurden grauhaft zugedachte Leichen deutscher Apo-Beamtinnen aufgefunden. In den übrigen Kreisen ist die Lage im wesentlichen unversändert.

Einer Haavas-Meldung aus London zufolge hat der französische Botschafter vorgeschlagen dem Auswärtigen Amt nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein engeres Zusammenarbeiten der Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oepeln herbeizuführen zwecks Wiederherstellung der Ruhe, die durch einen gemeinsamen Schritt bei den Aufständern wesentlich erleichtert werden könnte. Bekanntlich hat, heißt es in der Haavas-Meldung weiter, der britische Vertreter bei der Kommission, Oberst Percival, bisher keinerlei Unterhandlungen mit den Aufständern beginnen wollen, weil er der Auffassung ist, daß ein solcher Schritt schließlich zu einer Anerkennung ihrer Autorität führen würde.

## Französischer Versuch, Deutschland ins Unrecht zu setzen.

Nach einer Haavas-Meldung hat der französische Botschafter in London gestern dem Auswärtigen Amt eine Note über Ober-schlesien überreicht, die angeht die Haltung der deutschen Korps, die fortgesetzt Verärterungen erhielten, und angeht die Stimmung der Arbeiter, die in Bolschewismus umschlagen könn, vorzüglich, der englische Botschafter in Berlin, Lord Ribbentrop, möge einen Schritt des französischen Botschafters unterstützen, um im Interesse der Alliierten bei der deutschen Regierung vorstellig zu werden, damit sie die angelegentlichsten Maßnahmen ergreife. (Dieser Schritt ist überflüssig, da die deutsche Regierung die erforderlichen Anweisungen längst gegeben hat. Die Schriftleitung.)

Der Berliner Auswärtige Amt hat die Note der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 14. Mai über die Restrukturierung für Schlesien dahin beantwortet, daß auch nach Auffassung der deutschen Regierung die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien

